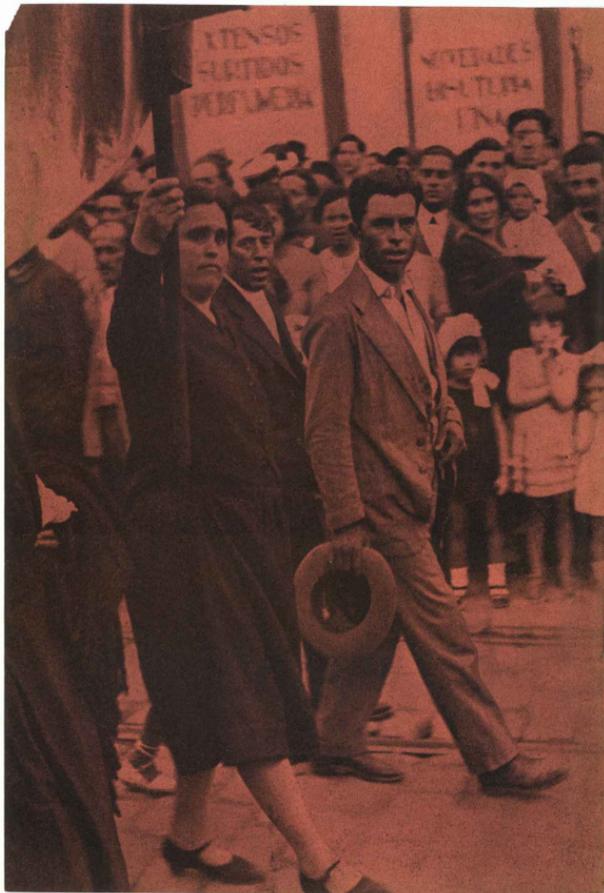


*Spanien
Brest*

10 PF.



H. MEINS:

SPANIEN BRENNT!

Bericht über die Ergebnisse der Spanienreise
der IpF.-Delegation vom 24. Mai bis 15. Juni 1931



Verantwortlich: Hermann Kronemann Berlin. Verlag: Verlag für Arbeiter-
kultur, Berlin. Druck: Westdeutsche Buchdruckwerkstätten AG. Düsseldorf,
Köln, Straße 44.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Mit Maschinengewehren empfangen	4
Verhaftung und Ausweisung als Abschluß	5
Die „unblutige Revolution“	7
Ungelöste Probleme	8
Die Arbeiter hungern	11
Die Bauern rebellieren	13
Der Kommunismus marschiert	15
„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“	17
Die Kirche stellt sich auf den Boden der Tatsachen	20
Christliche Kultur	21
Antikerikaler Massenkampf unter Führung der IpF.	22

Bilder:

- Titelseite: Kloster „Carmelitas“ in Madrid in Brand
- Umschlagseite: Spaniens Arbeiter marschieren
- Umschlagseite: Zerstörter Altar der Kirche „Santo Domingo“ in Malaga
- Umschlagseite: Exkönig Alfons XIII. und der spanische Erzbischof Segura

Vorwort

Seit der Rückkehr der IpF-Delegation aus Spanien sind knapp sechs Wochen vergangen. Inzwischen haben die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung stattgefunden, die der republikanisch-sozialistischen Regierungskoalition zunächst noch einen parlamentarischen Sieg brachten.

Wir kennen aus internationaler Erfahrung diese Art der „Siege“. Unter geschickter Ausnutzung des elementaren Hasses der Werktätigen gegen das alte monarchistische Regime, unter stärkster Entfaltung ihrer demagogischen Wahllitigation, bei gleichzeitigem brutalem Terror gegen die revolutionären Organisationen haben die Regierungsparteien den Wahlkampf geführt. Die kurze Zeit ihrer Praxis seit der Regierungsübernahme reichte noch nicht aus, um den arbeiter- und bauernfeindlichen Charakter dieser Praxis restlos zu entlarven.

Die beste Schule ist immer noch die Schule der eigenen Erfahrungen. In beschleunigtem Tempo gehen die spanischen Werktätigen durch diese Schule . . . Gerade jetzt gibt die republikanische Regierung den lebendigsten Anschauungsunterricht über „Freiheit“ und „Demokratie“.

Während in Madrid die neugewählten „Volksvertreter“ um die Ministersessel feilschen, wird in Sevilla ein Massenblutbad unter der Arbeiterschaft angerichtet. Mit schwerer Artillerie wird das Gewerkschaftshaus in Grund und Boden geschossen. Militärflugzeuge setzten ganze Arbeiterviertel unter ihr Feuer. Hunderte von Toten und Verwundeten bedecken das Straßenpflaster Sevillas, Todesurteile gegen revolutionäre Arbeiter werden gefällt, Massenverhaftungen stehen wieder, wie zu Primo de Riveras Zeiten, auf der Tagesordnung.

Wenige Tage nach den Wahlen fällt die parlamentarische Maske. Und das werktätige Volk Spaniens macht unter blutigen Opfern die Erfahrung seiner internationalen Klassenbrüder, daß auch „seiner“ republikanischen Regierung Weisheit letzter Schluß die Argumente des Maschinengewehrs sind . . .

Das Manuskript der vorliegenden Broschüre wurde einige Tage nach den spanischen Wahlen abgeschlossen. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse bestätigen vollauf unsere Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Spanien. Entscheidend für die künftige Entwicklung der Klassenkämpfe ist jedoch das Tempo, in welchem sich die revolutionären Organisationen entwickeln und sich in den breiten Volksmassen verankern.

Wie in den übrigen kapitalistischen Ländern werden auch die revolutionären Freidenker Spaniens in dieser Hinsicht ihre Pflicht erfüllen.

Mit Maschinengewehren empfangen

Spaniens Kirchen und Klöster brennen! In dem katholischsten Lande der Welt hebeln die Volksmassen die roten Flammen, die aus den zusammensitzenden Gotteshäusern gen Himmel schlagen. Die ganze kapitalistische und christliche Welt hält den Atem an. Der Papst sendet einen ohnmächtigen Protest in die Welt, unter dem üblichen Stichwort: „Die Kommunisten sind die Brandstifter!“ In der kapitalistischen Presse, soweit sie nicht einfach die Kommunistenhetze des Heiligen Vaters übernimmt, beginnt ein großes Rätselraten, hinter dem die Angst um das künftige Schicksal der eigenen Klasse steckt. . . .

Doch wir wollen uns an Ort und Stelle über die „Bolschewistenherrschaft“ informieren. Vor allem aber wollen wir, entsprechend dem Auftrage der Exekutive der Internationale proletarischer Freiendenker, die spanischen Werkstätten bei der Schaffung einer revolutionären, antiklerikalen Massenorganisation unterstützen. Denn für uns sind die brennenden Klöster und Kirchen Flammenzeichen einer kirchenfeindlichen Massenstimmung, die sich zunächst noch explosiv und spontan Luft machte. Mögen die christlichen „Kulturträger“ die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und schreckensbleich stottern: „Wie barbarisch!“ Wo war ihr Protest während des Weltkrieges, als auf den Schlachtfeldern des imperialistischen Völkermordens Hunderte von Kirchen in Flammen aufgingen?

Immerhin ist es interessant, festzustellen, wie die kapitalistische Presse auf die Kirchenbrände in Spanien reagierte. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt am 12. Mai:

„Dieser Republik wird die ganze Meute ihrer Feinde „Kirchenhändlung“ vorwerfen. Aber diese Regierung, die lieber die



„Ruhe und Ordnung herrscht in Spanien.“

Klöster brennen ließ, als den Bürgerkrieg zu entfesseln, hat recht getan, hundertmal recht getan! An ihrer Spitze steht ein tiefgläubiger Katholik. Ihm mag das Herz zerrissen sein, als er von seinem Arbeitseinsten aus die Klöster brennen sah, aber er war Staatsmann und wußte die Einheit seiner Regierung und der überwiegenden Mehrheit seines Volkes zu retten. Er ließ das Tote verbrennen und erhielt der Republik die lebenden Menschen.“

Und in dem gleichen Artikel heißt es:

„Zu schwache Kräfte gegen die Volkswut einzusetzen, einzelne Posten der Guardia Civil gegen die stürmenden Massen zu werfen, wäre sinnlos gewesen und hätte nur Ströme von Blut gekostet. Das einzige Ergebnis wäre der Haß der Bevölkerung gegen die Republik gewesen, völlige Radikalisierung der Massen.“

Deutlicher kann die Ohnmacht der republikanischen Regierung, wenige Wochen nach der „Machtergreifung“, nicht demonstriert werden!

Und dennoch kennt der „tiefgläubige Katholik“ an der Spitze der republikanischen Regierung, Zamora, ein ebenso tiefgläubiger alter Monarchist, sehr gut die Anwendung von Maschinengewehren, Panzerwagen und Gasbomben gegen die spanischen Arbeiter und Bauern. Das sollten wir schon an dem Tage erfahren, als wir die spanische Grenze überschritten. Am 27. Mai empfangen uns in San Sebastian die Gewehrsalven der Guardia Civil, abgefeuert gegen eine Demonstration der dortigen Fischer, die nichts weiter als eine Erhöhung ihres elenden Lohnes wollten. Sechs Tote und viele Verwundete — das war die Antwort Zamoras und seiner „sozialistischen“ Minister. Und ihr folgte auf dem Fuß die Verhängung des Kriegszustandes — das Wahrzeichen der eben erst verschwundenen monarchistischen Militärdiktatur. Ein vielversprechender Anfang der Republik!

Verhaftung und Ausweilung als Abchluß

Im Zeichen des Kriegszustandes stand unsere Tätigkeit — vom ersten bis zum letzten Tage unseres dreiwöchigen Aufenthalts in Spanien. In Bilbao, in Madrid, in Sevilla, in Barcelona — überall klebten die großen Plakate der provisorischen Regierung, auf denen zu lesen war, daß — außer hungern — so gut wie alles verboten war: Streiken in lebenswichtigen Betrieben, regierungsteindliche Agitation, Forderungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung usw.

Kriegszustand — das hieß aber auch Massenverhaftung kommunistischer Parteifunktionäre und der übrigen revolutionären Arbeiter und Bauern. Das hieß schärfste Ueberwachung aller Ausländer, die es wagten, sich außerhalb der üblichen Touristenzentren aufzuhalten, etwa gar aufs Land zu den Bauern gingen, um sich über deren Lebensverhältnisse zu informieren. Die Bauern und Landarbeiter bilden

aber die überwiegende Mehrheit der spanischen Bevölkerung. Und es war unsere selbstverständliche Pflicht, auf Grund eigener Erfahrungen uns ein klares Bild über die elenden Existenzbedingungen dieser für die weitere Entwicklung der Verhältnisse in Spanien entscheidenden Volksmassen zu schaffen.

So kam es, daß wir bereits zehn Stunden nach unserem Aufbruch von Sevilla aus ins Landgebiet zum Gefängnis marschierten, die entscherten Karabiner der Guardia Civil im Rücken. Wir wurden als „Moskauer Agitatoren“ verhaftet, die in Andalusien die Sowjetrepublik proklamieren sollten! So „stark“ fühlte sich die Republik im ersten Monat ihres Bestehens... Was auf unsere Verhaftung folgte, werden wir nie vergessen. Ein ganzer Landarbeiterort mit 9000 Einwohnern stand geschlossen gegen die Machtorgane der Republik und forderte unsere sofortige Freilassung. Eine Versammlung von 3000 Landarbeitern und Landarbeiterinnen beschloß die Proklamierung des Generalstreiks im Falle der Aufrechterhaltung unserer Verhaftung. Binnen 24 Stunden befanden wir uns wieder auf freiem Fuß, allerdings mit der Aufforderung des andalusischen Generalkapitans, sofort das Land zu verlassen und mit der „liebenswürdigen“ Mitteilung, daß wir fortan unter polizeilicher Beobachtung ständen.

Die Kraft der internationalen Klassensolidarität erwies sich auch in Spanien stärker als die Polizeiorgane der bürgerlichen Republik. Das wird auch die weitere Entwicklung des Klassenkampfes in Spanien beweisen!



„Nieder die Jesuiten! Die Justiz des Volkes für die Verräter.“

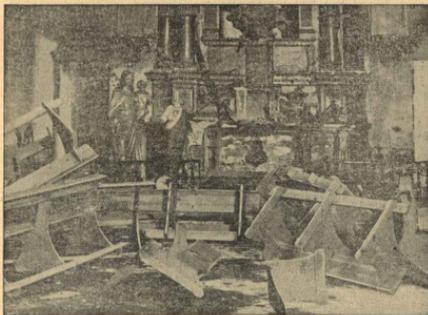
Die „unblutige Revolution“

Am 14. April des Jahres 1931 fand das spanische Volk eine Monarchie ohne Monarchen vor. Die Kommunalwahlen vom 12. April hatten den Republikanern eine überwältigende Mehrheit gebracht und so eine formelle Quittung für den schon vorher erfolgten Zusammenbruch der Diktaturperiode Primo de Rivera gegeben. König Alfonso XIII. hatte es auf Grund des für ihn katastrophalen Wahlergebnisses vorgezogen, aus Spanien zu verschwinden, ohne von seinem „geliebten“ Volk Abschied zu nehmen. Er ließ sich von der provisorischen Regierung, der nichts anderes übrig blieb, als die Republik zu proklamieren, noch 70 Millionen Peseten Zehrgeld in die weiten Taschen stecken und verschwand nach England, allerdings ohne formell auf die Krone für immer zu verzichten. Wozu auch? Vielleicht bietet sich bald wieder die Gelegenheit zur Rückkehr...!

An den Türen des königlichen Schlosses wurden schnell Schilder mit der Aufschrift „Eigentum des Volkes“ geklebt, und siehe da — die spanische Republik war fertig! Die ehemals glühenden Monarchisten entdeckten plötzlich ihre Sympathien fürs Volk und wurden zu ebenso glühenden Republikanern.

Triumphierend verkündete die bürgerlich-klerikale Presse und die 2. Internationale:

„Die Wahlurne gebar die spanische Revolution!“ „Kein Tropfen Blut vergossen!“ Die Brüsseler Freidenkerinternationale — der Bundesbruder Sievers und Hartwigs — schickte ein Glückwunschschreiben an die provisorische Regierung anlässlich ihres „großen Sieges“.



Das Innere des zerstörten Klosters „Las Salesianas“ in Valencia.

Einige Tage später schon sah es ein wenig anders aus. Die spanischen Arbeiter und Bauern wollten nicht nur eine neue Regierung unter einer neuen Nationalflagge, sie wollten vor allen Dingen eine Verbesserung ihrer elenden Verhältnisse. Sie hatten am 12. April für die Republik gestimmt, weil sie noch glaubten, daß nur die Monarchie und die Kirche an ihrem Elend schuld seien, und weil sie hofften, daß die „radikalen“ Republikaner ihre Wahlversprechungen nach der Machtübernahme einlösen würden.

Jetzt hatten sie die Republik, — aber sonst war alles beim alten geblieben! Den verhaßten Monarchisten wurde kein Haar gekrümmt. Die Kirche saß nach wie vor auf ihren fetten Pfünden. Lohnerhöhungen fanden nicht statt, die Erwerbslosen durften nach wie vor weiterhungern.

Aber dann kam das „Neue“: Erklärung des Kriegszustandes, Streikverbot in lebenswichtigen Betrieben, Demonstrationsverbote, Panzerwagen und Maschinengewehre gegen rebellierende Arbeiter und Bauern! Und gar bald gab es auch die ersten Toten. Sie fielen nicht im Kampfe der jungen Republik gegen die Monarchie. Sie wurden im Namen der Republik hingestreckt zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“. Diese ersten Toten waren keine Monarchisten, sondern hungernde Arbeiter und Bauern, die noch vor wenigen Tagen ihre Stimmzettel für die Republik in die Wahlurne geworfen hatten.

Die Monarchie hatte dieser Republik Platz gemacht. Geblieben aber waren Not und Massenelend. Geblieben waren die Klassen-gegensätze zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, die jetzt immer unverhüllt und offener sichtbar wurden.

Die spanischen Bourgeois-Republikaner jubelten: „Die Revolution ist vollendet. Es lebe die Republik!“ Die spanischen Arbeiter und Bauern antworteten mit der Verbrennung der Klöster und Kirchen...

Ungelöfte Probleme

Die alte spanische Monarchie hat ihrer republikanischen Nachfolgerin ein Erbe hinterlassen, dessen Verwaltung und Weiterführung auch für die spanische Bourgeoisie auf die Dauer eine unlösbare Aufgabe ist. Spanien ist eines der schwächsten Kettenglieder des Weltimperialismus.

Einstmals — im 16. und 17. Jahrhundert ein mächtiges Weltreich, dessen Herrscher sich rühmten, daß in seinen Grenzen die Sonne niemals unterginge, verfiel es am Ausgang des 17. Jahrhunderts rasch, nachdem ihm die Basis seiner Macht, ein reicher Kolonialbesitz und ein ausgedehnter Welthandel, nach und nach entrispen worden war. Entscheidend für den raschen Zusammenbruch war vor

allem der innere Kampf zwischen dem Feudalismus und dem Handelskapital, der die ökonomische Entwicklung des spanischen Mutterlandes außerordentlich hemmte, ja, sogar infolge der Vernichtungskriege der spanischen Könige gegen die blühenden Handwerkszentren der Mauren und gegen die Handelsstädte zurückwarf.

So war es den industriell rasch aufblühenden Konkurrenzländern Frankreich, Holland und England ein Leichtes, die spanische Welt Herrschaft zu zerschlagen und Spanien für Jahrhunderte aus der Weltpolitik als ersten Faktor auszuschalten.

Die kapitalistische Entwicklung Spaniens setzte daher auch erst sehr spät und auf einer sehr schwachen ökonomischen Basis ein. Das heutige Spanien ist noch ein vorwiegend agrarisches Land mit sehr starken Ueberresten seiner feudalen Vergangenheit. Mehr als 50% des volkswirtschaftlichen Einkommens fließt aus der Landwirtschaft, die sich noch dazu auf einem technisch außerordentlich rückständigen Niveau befindet. Diese Tatsache erschwert natürlich eine erfolgreiche Konkurrenz der spanischen Agrarprodukte auf dem Weltmarkt, vor allem in der gegenwärtigen Weltagrarkrise. Dabei sind nahezu 60% des gesamten spanischen Exports Agrarprodukte und zwar vorwiegend Wein, Olivenöl, Orangen.

Für die industrielle Entwicklung Spaniens sind zwei Merkmale entscheidend: erstens ihre technische Rückständigkeit und zweitens die starke Ueberfremdung mit ausländischem Kapital. Die technische Rückständigkeit ist auf das mangelnde Kapital zur Erneuerung der Produktionsanlagen zurückzuführen. Außerdem ist die spanische Industrie nur in ganz wenigen Zweigen auf den Weltmarkt getreten, in denen sie — wenigstens zeitweilig — eine gewisse Monopolstellung einnahm, z. B. beim Kupfer, Blei, Quecksilber.

Der Einfluß des ausländischen Kapitals erstreckt sich vor allem auf die Bergwerke und auf die Eisenbahnen. (1912 betrug z. B. das spanische Eigenkapital im Bergbau 600 Millionen Peseten, das ausländische, vorwiegend englische, 660 Millionen Peseten.) Das Eisenbahnnetz ist äußerst rückständig (nur insgesamt 16 000 km) und befindet sich in der Hand von 8 Privatgesellschaften, die unter vorwiegend französischem Einfluß stehen.

Soweit spanisches Eigenkapital in der Industrie angelegt ist, befindet es sich zu einem großen Teil im Besitz der feudalen Großgrundbesitzer und — nicht zu vergessen — der katholischen Kirche.

Der Weltkrieg von 1914-18 brachte zwar der spanischen Wirtschaft als Kriegslieferant eine gute Konjunktur, die aber sofort nach Beendigung des Krieges mit verstärkter Wucht in eine tiefgehende Wirtschaftskrise umschlug. Die kostspieligen und blutigen Marokkokriege taten ihr übriges, um zu einer weiteren Verschärfung der Lage beizutragen. Daran vermochte auch die Diktatur unter Primo de Rivera nichts zu ändern. Im Gegenteil — sie diskreditierte die Militärrherrschaft vollends, was für die gegenwärtige Lage deswegen

Besonders wichtig ist, weil die provisorische republikanische Regierung den militärischen Machtapparat, vor allem seinen reaktionärsten Kern, die berüchtigte „Guardia Civil“, unverändert aus der Diktaturzeit übernommen hat und ihn jetzt ebenso rücksichtslos gegen die Arbeiter und Bauern einsetzt.

Zu all' diesen Schwierigkeiten kommt noch eine weitere, — die geographische Gliederung und nationale Zersplittertheit. Der baskische Norden mit der schwerindustriellen Basis der Bergwerke (Bilbao, Asturien) ist vom Madrider Zentrum ebenso durch ein Gebirge und schroff abfallende Hochplateaus getrennt wie Katalonien von Barcelona, der größten Hafenstadt Spaniens an der Ostküste, die zugleich das Zentrum der spanischen Textilindustrie ist, und wie der andalusische Süden mit seinen riesigen Ländgütern, mit der Hafenstadt Sevilla und mit verschiedenen Erzbergwerken. Alle diese Hauptprovinzen Spaniens sind durch ein sehr schwach entwickeltes Eisenbahnnetz verbunden. Sie sind bestrebt, ein politisches und kulturelles Eigenleben zu führen, wenn sie auch wirtschaftlich stark aufeinander angewiesen sind.

Das ist der Boden für die Lösungsbestrebungen der baskischen, katalonischen und andalusischen Provinzen mit all' ihren Widersprüchen, solange sie auf der kapitalistischen und feudalistischen Grundlage ausgefochten werden. Eine Lösung dieses Problems ist erst nach dem russischen Beispiel möglich: in einer spanischen Sowjetföderation auf der Grundlage autonomer Sowjetrepubliken.

In all' diesen Tatsachen liegen die Wurzeln der großen Schwäche und der Widersprüche innerhalb der jungen spanischen Republik, wie sie schon in den ersten zwei Monaten ihres Bestehens klar in der Erscheinung getreten sind.

Keine der verschiedenen Machtgruppen sowohl innerhalb der Bourgeoisie als auch der Großgrundbesitzer fühlt sich gegenwärtig stark genug zur entschlossenen Führung der Geschäfte. Andererseits sind die inneren Gegensätze zu stark, als daß sich diese Gruppen zu einem einheitlichen, dauernden und festen Block zusammenfinden könnten. Aber eines steht heute schon fest: Alle Regierungskombinationen werden einen reaktionären arbeiter- und bauernfeindlichen Charakter tragen. Schon die provisorische Regierung konnte ohne den dauernden Kriegszustand gegen die Werk tätigen nicht regieren, trotzdem noch nicht alle Illusionen über ihren „demokratischen“ Charakter verfliegen waren.



Die Arbeiter hungern

Der Durchschnittslohn eines spanischen Arbeiters beträgt 10 Peseten pro Tag. Das sind ungefähr 4 RM. Um diesen Lohn zu verdienen, muß man aber schon ein ziemlich qualifizierter Arbeiter sein, z. B. Metall- oder Bergarbeiter. Die spanischen Bauarbeiter dagegen verdienen nur 5 Peseten am Tag, also rund 2 RM. Ebensoviel — oder besser gesagt ebensov wenig — verdienen die Tabakarbeiterinnen. Es gibt nur sehr wenig Arbeitergruppen, die über den Durchschnittslohn hinaus verdienen. Zu ihnen gehören die Hafearbeiter mit einem Tagelohn von 16 Peseten, etwa 6,50 RM. Das ist aber auch bereits der Spitzenlohn.

Dabei sind Sozialversicherung, Erwerbslosen- und Krankenfürsorge unbekannte Begriffe! Auf die Forderung der Arbeiter nach einer staatlichen Erwerbslosenunterstützung antwortete die provisorische Regierung mit einer öffentlichen Subskription, in welcher die Bevölkerung aufgefordert wurde, aus Privatmitteln einen Unterstützungsfonds für die zahlreichen Erwerbslosen zu bilden. Also eine regelrechte Bettelei! Die empörten Arbeiter gingen zum Protest gegen diese unerhörte Provokation auf die Straße, wo sie von ihrer republikanischen Regierung mit Panzerwagen, Maschinengewehren und Gasbomben empfangen wurden. Das war in den Tagen des 9. und 10. Mai. Am nächsten Tage brannten in Madrid, Sevilla, Malaga, Cordoba und vielen anderen Orten mehr als 100 Kirchen und Klöster. Das war die Antwort der erregten Industrie- und Landarbeiter — ein flammendes Signal des Volkszorns, der nicht nur der verhassten Kirche galt, sondern bereits den Kampf gegen die bürgerliche Republik ankündigte.

Natürlich hatten die sozialistischen Gewerkschaftsführer versucht, „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“ ihre Mitglieder von der Straße fern zu halten. Aber die Massen folgten den Parolen der reformistischen Regierungsbeamten nicht. Ein typisches Zeichen für den schwindenden Einfluß der Sozialistischen Partei, die heute noch über eine gewerkschaftliche Organisation von 200 000 Mitgliedern verfügt. Sie ist bereits stark diskreditiert, vor allem durch die Tatsache, daß ihre Führer schon mit der Primo-de-Rivera-Diktatur durch dick und dünn gingen. Der sozialistische Arbeitsminister in der provisorischen Regierung Caballero war Geheimrat in der Regierung Primos.

Brot und Arbeit für die hungernden Massen ist nicht vorhanden. Dafür aber stellt die provisorische Regierung mit ihren sozialistischen Ministern den Bankhühnern ihre staatlichen Mittel zur Verfügung.

Der weitaus größte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter steht heute noch unter anarcho-syndikalistischer Führung in der Confederation Nacional de Trabajo (C.N.T.), die 4—500 000 Mitglieder zählen soll. Diese Zahlen sind aber sicherlich stark übertrieben. Als die Militärdiktatur unter Primo de Rivera die Herrschaft antrat,

lösen die Anarcho-Syndikalisten unaufgefordert ihre Gewerkschaften auf, die noch im Jahre 1919 rund eine Million Mitglieder umfaßten. Die heute tatsächlich wieder erfaßte Mitgliederzahl dürfte höchstens 300 000 betragen. Aber auch der Kredit der Anarcho-Syndikalisten schwindet zusehends. Denn sie haben gemeinsam mit den Sozialisten erklärt, daß die Arbeiter, welche nach der Ausrufung der Republik wirtschaftliche Streiks führen würden, „Feinde des Volkes“ seien. Damit stellten sie sich schützend vor die bürgerliche Republik — und gegen die Arbeiter!

Die Massen beginnen, wenn zunächst auch noch langsam, in die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, in die spanische „RGO“, das „Reorganisationskomitee“ abzuwandern. In dem Reorganisationskomitee sind bereits 75 000 Arbeiter erfaßt, zum Teil in selbständigen, revolutionären Gewerkschaften, wie z. B. in Andalusien mit dem Vorort Sevilla, zum Teil als revolutionäre Opposition in den sozialistisch und anarcho-syndikalistisch geführten Gewerkschaften.



Sturm auf das Jesuitenkloster in Madrid.

Die Bauern rebellieren

Drei Millionen Landarbeiter und zwei Millionen arme Bauern arbeiten in der Gluthitze der spanischen Sonne, um ihr elendes Dasein zu fristen. Dabei ist es bei den Landarbeitern noch eine besondere Gnade, wenn sie überhaupt Arbeit finden. Bei dem Saisoncharakter vieler Zweige der Landwirtschaft kommt es vor, daß zahlreiche Landarbeiterfamilien die Hälfte jedes Jahres ohne jede Beschäftigung sind und während dieser Zeit noch von den Hungerlöhnen leben müssen, die ihnen während der anderen Hälfte des Jahres ausgezahlt wurden. Der Lohn eines Landarbeiters schwankt zwischen 2,5 und 3 Peseten pro Tag ohne Deputat. Das sind 1 Mark bis 1,20 Mark. Nur in ganz wenigen Gegenden, z. B. in den Bewässerungsgebieten, die eine qualifizierte und sorgfältige Arbeit erfordern, wird ein Tagelohn bis zu 5 Peseten gezahlt. Natürlich müssen bei solchen Hungerlöhnen auch die Frauen und Kinder mitarbeiten. Zwar beträgt die eigentliche Arbeitszeit 8 Stunden. Infolge der großen Hitze, die oft 50 Grad und mehr beträgt, ist es nur in den frühen Vormittags- und in den späten Nachmittagsstunden möglich, zu arbeiten. Deshalb sind die Landarbeiter vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang auf den Feldern der riesigen Güter, die nicht selten einen Umfang von 15 000 Hektar haben. Inzwischen sitzen die Herren Großgrundbesitzer, soweit die Güter nicht der Kirche gehören, in Madrid oder in Sevilla, eifrigst bemüht, ihre riesigen Grundrenten zu verzehren und nutzbringend in der Industrie oder in Bankspekulationen anzulegen.



Das brennende Kloster „Maravillas“ in Madrid.



Jugendliche Landarbeiter
in Andalusien

kes, ein besonderer, nicht zu überwindender Charakterzug sei, der vor allem auch seine anarcho-syndikalistische Einstellung erkläre und eine kollektive kommunistische Weltanschauung vollkommen ausschließe. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Der ganze Lebensprozeß der spanischen Landarbeiter und der Industriearbeiter — und diese beiden Bevölkerungsgruppen bilden die Mehrheit des spanischen Volkes — ist ein durchaus kollektiver. Das prägt sich insbesondere auf den großen Gütern aus. Dort ist nicht nur der Arbeitsprozeß kollektiv. Die Landarbeiterkolonnen essen gemeinsam aus riesigen Schüsseln, dessen dürrigen Inhalt, bestehend aus zermahlenem Pfeffer, Essig, Öl, Wasser und trockenem Brot, sie gemeinsam zubereiten. Sie schlafen zusammengepfercht in stahlähnlichen Baracken. Bei einem solchen Leben kann sich auch bei den spanischen Landarbeitern kein Individualismus



Andalusische Landarbeiterinnen

Die Arbeitsmethoden der Landarbeiter sind die denkbar primitivsten. Nur mit der Sichel bewaffnet mähen die Landarbeiterkolonnen die riesigen Getreidefelder ab. Einen Maschinenbetrieb gibt es nicht. Einmal ist die menschliche Arbeitskraft noch sehr billig, und zum anderen wehren sich die Landarbeiter selbst gegen die Einführung von Maschinen, welche sie vollends brotlos machen würden. Die wenigen eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen wurden von den Landarbeitern zerstört mit der Begründung: „Maschinen wenden wir erst an, wenn wir die Eigentümer dieser Güter sind.“

Auch in den Kreisen der Arbeiterschaft herrscht vielfach die Auffassung, daß der Individualismus des spanischen

entwickeln. Es bleibt ein kollektiver Haß gegen die Ausbeuter, der sich sehr oft explosiv in „wilden“ Streiks und Sabotageakten bei der Ernte äußert. Die Zusammenballung der Landarbeiter auf den Gütern oder in kleinen Landarbeiterstädtchen erleichtert außerordentlich die politische Aufklärung und die Versuche, die Landarbeiterschaft in gewerkschaftlichen Organisationen zusammenzufassen. Vor der Diktaturperiode Primo de Riveras gab es zahlreiche Landarbeitergewerkschaften, die fast ausschließlich unter anarcho-syndikalistischer Führung standen. Bei dem Einsetzen der Militärdiktatur listeten die Anarcho-Syndikalisten ohne besondere Anweisung der Regierung auch ihre Landarbeiter-Gewerkschaften auf, womit sie der Diktatur einen großen Dienen erwiesen. Nach dem Sturz der Militärdiktatur begann der Wiederaufbau der Landarbeitergewerkschaften. Der Einfluß der Anarcho-Syndikalisten ist jedoch bedeutend geschwächt, weil die Landarbeiter auf Grund ihrer schlechten Erfahrungen das Vertrauen zu diesen Phrasenhelden verlieren. Das Vertrauen zur Kommunistischen Partei und zur spanischen RGO, wächst, jedoch stößt ihre Erfassung durch die revolutionären Organisationen infolge des schwachen Organisationsapparates noch auf große Schwierigkeiten.

Reiche und Mittelbauern gibt es nur in ganz wenigen Provinzen des Nordens, so daß diese Schichten nur eine unbedeutende Rolle in der Wirtschaft und der Politik Spaniens spielen.

Die zwei Millionen arme Bauern leben unter ebenso schlechten Existenzbedingungen wie die Landarbeiter. Sie arbeiten als fast leibeigene Pächter, die für die Großgrundbesitzer Fronarbeit leisten, Naturalabgaben abliefern müssen und außerdem an die Wucherer Geldzinsen für Vorschüsse auf die kärgliche Ernte zahlen müssen. In der Auswucherung der armen Bauern tut sich besonders die katholische Kirche hervor, die Kreditgenossenschaften organisiert hat, als deren Beauftragte die Ortsgeistlichen gewissermaßen die Rolle des Dorfwucherers spielen. Die katholische Kirche hat übrigens auch versucht, Landarbeitersyndikate zu organisieren, jedoch mit sehr schlechtem Erfolg. Der Haß der Landarbeiter gegen die Kirche, ihrem unmittelbaren Ausbeuter, läßt dies nicht zu. Nur im Norden Spaniens, wo der Gegensatz nicht so unmittelbar in die Erscheinung tritt, ist es der Kirche gelungen, unter den Landarbeitern etwas Fuß zu fassen. Fragt man die Landarbeiter über ihre Stellung zur Kirche und zur Religion, dann erhält man die einfache, aber vielsagende Antwort: „Man muß die rote Fahne auf die Kirchen setzen“.

Der Kommunismus marschiert!

Zwei Monate erst besteht die spanische Republik. Aber schon hat die herrschende Klasse eine panische Furcht vor dem Kommunismus erfaßt. Diese Furcht findet ihren Niederschlag in spaltenlangen Zeitungsartikeln, die von russischen Munitionsschiffen und Geldsendungen nach Spanien zu berichten wissen, von Moskauer Agitatoren

schwätzen und in Verbindung mit all diesen Schauermärchen eine wüste Antibolschewistenhetze entfalten. Das hindert aber die braven spanischen Kapitalisten nicht daran, mit der verhaßten Sowjetregierung über den Abschluß eines Ölvertrages zu verhandeln, weil das russische Öl billiger als das amerikanische ist.

Gegen die heute zahlenmäßig noch kleine Kommunistische Partei Spaniens führt der Staatsapparat einen schrankenlosen Terror durch. Massenverhaftungen von Parteifunktionären, Schließung der Parteibüros, Verbot und Beschlagnahme der Parteizeitungen stehen auf der Tagesordnung, während die Anarchisten, ja selbst die „kommunistische Opposition“ vollkommen legal ihrer „staatsfeindlichen“ Tätigkeit nachgehen können. Ein besseres Zeugnis ihrer Ungefährlichkeit für die Republik konnte ihnen die provisorische Regierung nicht ausstellen!

Doch kein Terror vermag den Vormarsch der Kommunistischen Partei aufzuhalten, keine Lügenhetze das wachsende Vertrauen der hungernden Massen zum Kommunismus zu unterbinden. Ein glänzender Beweis für den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei war der 1. Mai in Sevilla. Der Generalkapitän von Andalusien mußte das ursprünglich für den 1. Mai ausgesprochene Demonstrationsverbot angesichts des Massendruckes der Arbeiterschaft von Sevilla zurückziehen. Am 1. Mai demonstrierten in Sevilla 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen unter den Fahnen der Kommunistischen Partei. Das von den republikanischen Parteien gesäte Mißtrauen: „Monarchisten und Kommunisten arbeiten zusammen gegen das Volk“, verschwindet gegenüber den Kommunisten rasch, da den Monarchisten von der Regierung kein Haar gekrümmt wird und der ganze staatliche Terror sich ausschließlich gegen die Kommunisten richtet.

Noch sind die republikanischen Illusionen nicht restlos aus den Köpfen der werktätigen Massen verschwunden. Noch ist die Organisation der Kommunistischen Partei Spaniens zu schwach, um in die kleinste Stadt, in das entfernteste Dorf vorzudringen und ihren Einfluß fest in den breiten Massen der Ausgebeuteten zu verankern. Das beweist das Ergebnis der Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vom 29. Juni, die den republikanisch-sozialistischen Parteien noch eine starke Stimmenmehrheit brachten. Aber das „Gespenst des Kommunismus“ nimmt immer festere Formen an. Und es hat vor allem zwei starke Stützen, die ihm seinen Vormarsch erleichtern: die heiße Sympathie der Werktätigen Spaniens für den siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion, die bis in die entlegensten Dörfer reicht und dort die geknechteten Landarbeiter begeistert. Selbst unter der Primo-de-Rivera-Diktatur bildeten sich in Sevilla spontane Massendemonstrationen zur Begrüßung der im Hafen einlaufenden sowjetrussischen Dampfer; und kein Polizeiterror vermochte diese Kundgebungen auseinanderzuschlagen! Auf der andern Seite zeigt sich immer offener die Unfähigkeit der herrschenden Klassen Spaniens, auch nur eines der vielen sozialen Probleme zugunsten der Werktätigen zu lösen.

Als am 14. April die kapitalistische Republik proklamiert wurde, gingen die Landarbeiter von zwei Dörfern in der Nähe Sevillas dazu über, das Land ihrer Gutsherren unter sich aufzuteilen und die ersten Sowjets zu gründen. Zwar wurden diese spontanen und isolierten Aktionen rasch von der reaktionären Guardia Civil niedergeschlagen. Aber sie kündigen die siegreiche Zukunft Spaniens an.

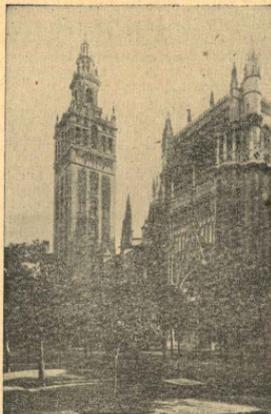
„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“

Es gibt wohl kaum ein Land, in welchem die Kirche eine so entscheidende Rolle spielt, als in Spanien. Wir sind gewohnt, Spanien als das klassische Land des Katholizismus zu betrachten. Von der 23 Millionen zählenden Bevölkerung gehören nur 35.000 nicht der katholischen Kirche an. Diese fast 100prozentige Erfassung der spanischen Bevölkerung durch die katholische Kirche ist jedoch das Ergebnis eines jahrhundertelangen Unterdrückungsfeldzuges, den die feudalen Herrscher gemeinsam mit der katholischen Kirche unter den Losungen der „Glaubenskriege“ gegen das katholische Volk führten. Wer erinnert sich nicht der grausamen Inquisition, die in ihrer 3½ Jahrhunderte dauernden Herrschaft 35.000 Menschen lebendig verbrannte, die fast 300.000 auf die Galeeren und in die Kerker schickte, die fast die gesamte maurische Bevölkerung Südspaniens enteignete und sie aus Spanien verjagte? Die feudalen Großgrundbesitzer und die katholische Kirche eigneten sich gemeinsam das Land der vertriebenen Bevölkerung an, so daß die Kirche heute der reichste Großgrundbesitzer Spaniens ist.

Der blutige Terror der „heiligen“ Inquisition traf insbesondere in Südspanien ein Volk, das sowohl wirtschaftlich als auch kulturell in vollster Blüte stand und die eindringenden Eroberer in dieser Beziehung weitaus überlegte. Zu einer Zeit, als sich beispielsweise



Kardinal Segura, der Führer des spanischen Katholizismus.



Kathedrale von Sevilla.

auf. Ihre Herrschaft beruhte nicht auf der gläubigen Ergebenheit der werktätigen Bevölkerung, sondern auf dem militärischen Machtapparat des Feudalismus. Daraus ergibt sich auch die heutige Stellung der spanischen Arbeiter und Bauern zur Kirche und zur Religion. Statt der bei uns in den katholischen Landesteilen Deutschlands bekannten, noch ziemlich festverwurzelten katholischen Glaubenslehre findet man einen fest verwurzelten Haß der spanischen Ausgebeuteten gegen die christlichen Unterdrücker. Ja, man findet sogar eine starke antireligiöse Einstellung, die weit ins Dorf hineinreicht und eine neue Art von Messiashoffnung, die Hoffnung auf den großen Tag der Generalabrechnung mit allen Feinden des werktätigen Volkes. Dieser Tag schien breiten Kreisen der Arbeiter und Bauern durch die Proklamierung der bürgerlichen Republik herangerückt zu sein. Die provisorische Regierung hat in den zwei Monaten ihrer Tätigkeit alles getan, um diese Hoffnung gründlich zu zerstören. Umso erbitterter werden die spanischen Werktätigen gegen die neuen Beschützer der verhaßten Kirche kämpfen!

Wie überall in der Welt hat es die katholische Kirche auch in Spanien verstanden, sich der kapitalistischen Entwicklung anzupassen. Sie hat die Grundrenten aus ihrem gewaltigen Großgrundbesitz

in Deutschland die Klosterbibliotheken eines Besitzes von 200 Bänden räumten, gab es in Cordoba, dem Sitz des arabischen Kalifats, bereits eine Bibliothek mit 200 000 Bänden. Während die alleinseligmachende katholische Kirche keine anderen Götter neben sich duldet, und deswegen die maurischen Moscheen niederreißen ließ, waren die Mauren viel toleranter. Sie duldeten es sogar, daß direkt neben ihrer Moschee in Sevilla eine christliche Kapelle gebaut wurde, in der die Christen ungestört ihren Gottesdienst verrichten konnten.

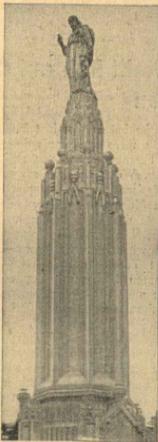
So trat die katholische Kirche überall als gewalttätiger Eroberer

nutzbringend in Banken, Industrie und Schifffahrt angelegt. In dieser Tätigkeit hat sich besonders der Jesuitenorden hervorgetan. Hierbei sei als Kuriosum erwähnt, daß der Jesuitenorden mehrfach aus Spanien ausgewiesen wurde, zuletzt im Jahre 1868, daß diese Ausweisungen aber nur auf dem Papier standen. Die Jesuiten entfalteten, ungestört von jeder Regierung, ihre ausgedehnte Tätigkeit und bauten ihre Klöster, von denen aus sie ihre großzügige Wirtschaftspolitik organisierten.

Heute besitzt der Jesuitenorden die „Banco Urquijo“ in Madrid mit einem Aktienkapital von 126 Millionen Peseten, die wiederum vier kleinere Provinzbanken mit einem Gesamtkapital von 85 Millionen Peseten kontrolliert. Ferner führt ihm die Straßenbahn von Madrid, die größte spanische Schifffahrtsgesellschaft nach Südamerika „La Transatlantica“, sowie eine ganze Reihe von Bergwerken. Wenn auch die Jesuiten ihren Besitz durch Strohmänner,

welche die formelle Rolle der Eigentümer, die doppelte Rolle des feudalen Großgrundbesitzers und des kapitalistischen Finanzmagnaten. In beiden Funktionen tritt sie den spanischen Arbeitern und Bauern als Ausbeuter gegenüber. Auch unter diesen Gesichtspunkten finden die Kirchen- und Klosterbrände vom 12. und 13. Mai ihre Erklärung.

Nach dem Konkordat vom 6. Mai 1851 zahlt der spanische Staat jährlich 60 Millionen Peseten für die Kirche, die natürlich — wie überall — aus den Knochen des arbeitenden Volkes herausgepreßt werden. Mit Hilfe dieser Staatssubventionen, sowie mit Hilfe ihrer riesigen Einnahmen aus dem Kirchenvermögen hat die katholische Kirche in Spanien einen umfangreichen Apparat zur Festigung ihres



Jesu-Denkmal in Bilbao

mer spielen, verwalteten lassen, so weiß doch jedes Kind in Spanien, daß die Jesuiten die tatsächlichen Eigentümer sind. Auch auf andere Art verstehen die Jesuiten ihre Geschäften zu machen. So sammelten sie in Bilbao 700 000 Peseten für den Bau eines Jesudenkmals. Natürlich ging das ganze Geld für den Denkmalsbau drauf . . .

Aber, die Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß die tatsächlichen Baukosten höchstens die Hälfte der gesammelten Gelder betragen. Wie heißt es doch bei den Jesuiten? „Der Zweck heiligt die Mittel.“

So spielt die katholische Kirche die doppelte Rolle des feudalen Großgrundbesitzers und des kapitalistischen Finanzmagnaten. In beiden Funktionen tritt sie den spanischen Arbeitern und Bauern als Ausbeuter gegenüber. Auch unter diesen Gesichtspunkten finden die Kirchen- und Klosterbrände vom 12. und 13. Mai ihre Erklärung.

Einfluss geschaffen. Spanien ist in 9 Erzbistümer und 51 Bistümer eingeteilt. Der Erzbischof von Toledo besitzt das Primat. Insgesamt 4637 Klöster bilden die festen Stützpunkte der katholischen Kirche. Davon sind 963 Männerklöster, die 12 000 Mönche beherbergen, und 3674 Frauenklöster mit 42 000 Frauen. Dazu kommen noch die zahlreichen katholischen Geistlichen in den Dörfern und Städten.

Die Kirche ftelt sich auf den Boden der Tatfachen

Die katholische Kirche hat in den fast 2000 Jahren ihres Bestehens gelernt, sich trotz ihres reaktionär-dogmatischen Charakters an die verschiedenen Formen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung anzupassen. Wenn sie es für zweckmäßig hält, ist sie in republikanischen Ländern ebenso stramm für die Republik eingestellt, wie unter den Monarchen kaiser- oder königstreu . . .

Nun liegen allerdings die Verhältnisse in Spanien gegenwärtig noch ziemlich ungeklärt. Die feudalen Monarchisten verfügen noch über eine recht starke wirtschaftliche Basis — einen ausgedehnten Grundbesitz und selbst Teile der Industrie. Ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen laufen mit denen der Kirche parallel. Beide sind daher heute noch natürliche Bundesgenossen. Kein Wunder also, daß die den Jesuiten gehörende Zeitung „Debate“ die Reklamerommel für die „Nationale Aktion“, die Partei der verkappten Monarchisten, anlässlich der Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung rührte. Die republikanische Regierung antwortete mit einer „gewaltigen“ Aktion. Sie wies den Erzbischof von Toledo, Segura, als er von Rom zurückkehrte, aus Spanien aus. Ist das ein Beweis für den Antiklerikalismus der spanischen Republik? Keinesfalls. Die republikanischen Parteien sind in dem gleichen Maße antiklerikal, wie die katholische Kirche antirepublikanisch ist. Es gibt zwar zwischen beiden gegensätzliche, aber noch mehr gemeinsame Interessen. Je stärker die Klassengegensätze zwischen den Ausbeuter- und den ausgebeuteten Klassen sich zuspitzen, desto mehr sind Kirche und Bourgeoisie aufeinander angewiesen, stehen ihnen ihre gemeinsamen Ausbeuterinteressen höher als ihre inneren Gegensätze. Aus diesem Grunde dachte auch die provisorische Regierung nicht an ein energisches Vorgehen gegen die wirtschaftlichen Stützpunkte der Kirche. Aus diesem gleichen Grunde wird die katholische Kirche auch die Republik anerkennen und sich auf ihren Boden stellen, wenn sie die Zeit dafür gekommen hält. Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß dieser Zeitpunkt bereits nahe herangerückt ist. Denn die Radikalisierung der werktätigen Massen macht in raschem Tempo Fortschritt!

Was also bedeutet die Ausweisung des Erzbischofs Segura? Sie ist nichts weiter, als ein Manöver der provisorischen Regierung, die kurz vor den Wahlen um das Vertrauen der bereits bitter enttäuschten Massen buhlt.

Und was bedeutet die drohende Haltung des Papstes in Rom gegen die spanische Regierung? Natürlich haben die spanischen Ereignisse auch für die katholische Kirche internationale Bedeutung. Nach den Ereignissen in Italien und Litauen ist das internationale Prestige der katholischen Kirche stark erschüttert. Sie kämpft deshalb mit aller Macht um die Festigung ihrer Positionen. Spanien war aber einer ihrer stärksten Bollwerke, das sie nicht so leicht preisgeben wird. Die Klösterbrände Spaniens haben der katholischen Kirche im internationalen Maßstabe die ihr drohende Gefahr signalisiert!

Chriftliche Kultur

Man kann bei bürgerlichen und kirchlichen Geschichtsschreibern viel von der „kulturellen Mission“ der Kirche lesen. In Spanien hätte sie genügend Gelegenheit nehmen können, diese Behauptung unter Beweis zu stellen. Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? 50% der Gesamtbevölkerung sind heute noch Analphabeten. Noch schlimmer sieht es aus, wenn man die Prozentziffer der Analphabeten in der Stadt und auf dem Lande getrennt betrachtet. Dann ergeben sich fürs Land 70 bis 80% der ländlichen Bevölkerung, für die Stadt 20 bis 30%. Zwar besteht schon seit dem Jahre 1909 ein Gesetz über den allgemeinen Schulzwang. Dieses Gesetz ist jedoch nie verwirklicht worden. Der Staat hatte kein Geld für den Bau von Schulen und für die Besoldung von Lehrkräften. Die Kirche gab ihr Geld für „wichtigere“ Zwecke als für die Erziehung der Kinder des werktätigen Volkes aus. Industrie- und Bankaktien standen höher im Kurs! Ihr Interesse begann erst bei der mittleren und höheren Schule. Denn hier gab es neben der ideologischen Beeinflussungsmöglichkeit auch die Möglichkeit, ein gutes Geschäft zu machen. Heute noch sind Mittel- und Hochschulen ein fast uneingeschränktes Monopol der katholischen Kirche.

Die orthodoxe und dogmatische Kirche ist ihrem ganzen Charakter nach Gegnerin der wissenschaftlichen Erkenntnis und des geistigen Fortschritts. Das ist eine der Ursachen für die radikale und antiklerikale Stellungnahme der Intellektuellen in Spanien. Andererseits sind die Intellektuellen jedoch auch zum größten Teil in einer materiell sehr schlechten Lage. Sie rekrutieren sich nur zu einem ganz geringen Teil aus den Schichten der besitzenden Klassen und gehören in ihrer überwältigenden Mehrheit zum Kleinbürgertum, das ökonomisch enturzelt und den Weg der Proletarisierung bereits in starkem Maße gegangen ist. Es ist nur einer ganz schmalen Schicht

von Intellektuellen der Aufstieg innerhalb des Staatsapparats möglich, da die höheren Regierungsstellen ausschließlich Monopol der besitzenden Klasse sind.

Auch der spanische Staat hat bisher so gut wie nichts für die Geistesarbeiter getan. Dafür nur ein Beispiel: Im Gesamtetat des Jahres 1926 in Höhe von 3 Milliarden Peseten waren für „Unterricht und schöne Künste“ nur 170 Millionen Peseten eingesetzt. Das sind nicht einmal 6%. So sieht die „kulturelle Arbeit“ der katholischen Kirche und des von ihr maßgebend beeinflussten Staatsapparates in Spanien aus.

Man vergleiche einmal mit diesen Zahlen die Ausgaben für kulturelle Zwecke in der „barbarischen“ Sowjetunion: Vom Gesamtetat des Wirtschaftsjahres 1929/30 in Höhe von 23 Milliarden Rubel waren rund 4 Milliarden, also 17,5% vorgesehen!

Antiklerikaler Massenkampf unter Führung der IpF.

Trotz der starken antiklerikalen Stimmung in den werktätigen Massen hat es bisher eine antiklerikale Massenorganisation in Spanien noch nicht gegeben. Wohl betonten alle republikanischen Parteien vor der Ausrufung der Republik ihren antiklerikalen Charakter. Das geschah aber nur, um die Sympathien der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zu gewinnen. Keine dieser republikanischen Parteien dachte im Ernst an die Organisation eines wirklichen antiklerikalen Massenkampfes. Ist doch die spanische Bourgeoisie selbst durchsetzt vom Klerikalismus! Die werktätigen Massen gegen die Kirche zu mobilisieren, hieß, sie gegen die ökonomische Basis ist aber die Basis des Kapitalismus selbst. Spanien ist ein Musterbeispiel dafür, daß ein konsequenter Kampf gegen die Kirche zugleich ein Kampf gegen das gesamte Ausbeutungssystem ist.

Vor ungefähr einem Jahre entstand eine kleinbürgerlich geführte „Weltliche Liga gegen den Klerikalismus“, die sich jedoch fast ausschließlich auf Intellektuelle stützte und nur in einigen wenigen Industriestädten, wie z. B. in Bilbao, auch Arbeitermitglieder hatte. Auf Grund ihres kleinbürgerlichen, abstrakten und passiven Charakters fehlte ihr jede Massenbasis. Sie konnte daher kein ernsthafter Faktor im Kampf gegen den Klerikalismus sein. Mit der Proklamation der bürgerlichen Republik vom 14. April betrachtete sie ihre Mission als erledigt. Ihre Führer gingen ganz offen dazu über, die Organisation zu liquidieren. So beantragte in Bilbao der Ortsgruppenvorsitzende, der nebenbei bemerkt Bürgermeister von Bilbao ist, die offizielle Auflösung der Liga mit der Begründung, daß sie infolge der Ausrufung der Republik überflüssig geworden sei. Das war nicht nur eine offene Bankrotterklärung des bürgerlichen „Antiklerikalismus“. Das war darüber hinaus der Ausdruck für die Befürchtung,

daß selbst die wenigen Arbeitermitglieder auf Grund ihrer wachsenden Radikalisierung zu einem selbständigen, ernsthaften Kampf gegen die Kirche übergehen würden.

Diese Angst war nicht ganz unbegründet! Denn die zwecks Auflösung einberufene Mitgliederversammlung beschloß gegen nur wenige Stimmen die Weiterführung der Organisation unter dem Namen „Liga antikerikal revolucionaria“ (Revolutionäre antiklerikale Liga). Sie beschloß, sich in einem Aufruf an die Werktätigen Spaniens zu wenden und diese zum revolutionären Massenkampf gegen die Kirche zu mobilisieren. Dieser Aufruf zeigt in klaren marxistischen Formulierungen die Aufgaben eines revolutionären, antiklerikalen Massenkampfes auf. Er wurde gemeinsam mit der zu dieser Zeit in Spanien weilenden IpF-Delegation formuliert, gestützt auf die Erfahrungen der internationalen revolutionären Freidenkerbewegung. In dem Aufruf heißt es:

„Sie gelobt, alle Kräfte zur Verwirklichung der folgenden Forderungen einzusetzen:

Restlose Trennung von Staat und Kirche. Entschädigungslose Enteignung der Kirchen und Ordensgesellschaften, kostenlose Verteilung des klerikalen Grundbesitzes an die Landarbeiter und armen Bauern, Schaffung eines Unterstützungsfonds für die erwerbslosen Arbeiter, für Invaliden, Kranke usw. aus den beschlagnahmten Vermögen der Kirche.

Auflösung und Ausweisung des Jesuitenordens sowie aller übrigen Ordensgesellschaften.

Restlose Trennung von Kirche und Schule. Abschaffung des Religionsunterrichtes, Verweltlichung und Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens.

Einstellung jeglicher Subventionen des Staates an die Kirche. Einreihen der antiklerikalen Bewegung in den revolutionären Klassenkampf der Werktätigen Spaniens.

Propaganda des konsequenten Atheismus und des wissenschaftlichen Marxismus. Schaffung von marxistischen Arbeiterschulen, Schaffung von kulturellen Bildungszirkeln, insbesondere zur Liquidierung des Analphabetentums auf dem Lande, Organisation des demonstrativen Kirchenaustritts als Massenbewegung.

Schaffung einer revolutionären antiklerikalen Massenorganisation der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in ganz Spanien.

Die neugeschaffene Organisation führt ihren Kampf in enger Verbindung mit der internationalen revolutionären antiklerikalen Weltbewegung. Sie beschließt daher ihren Anschluß an die internationale proletarische Freidenker, Sitz Berlin.“

Auf dem Boden dieser Plattform bildeten sich im Verlaufe weniger Wochen Gruppen der antiklerikalen revolutionären Liga in Madrid, Barcelona, Sevilla, Cordoba und Malaga. Mit großer Begeisterung gehen die spanischen Genossen an den Aufbau der neuen

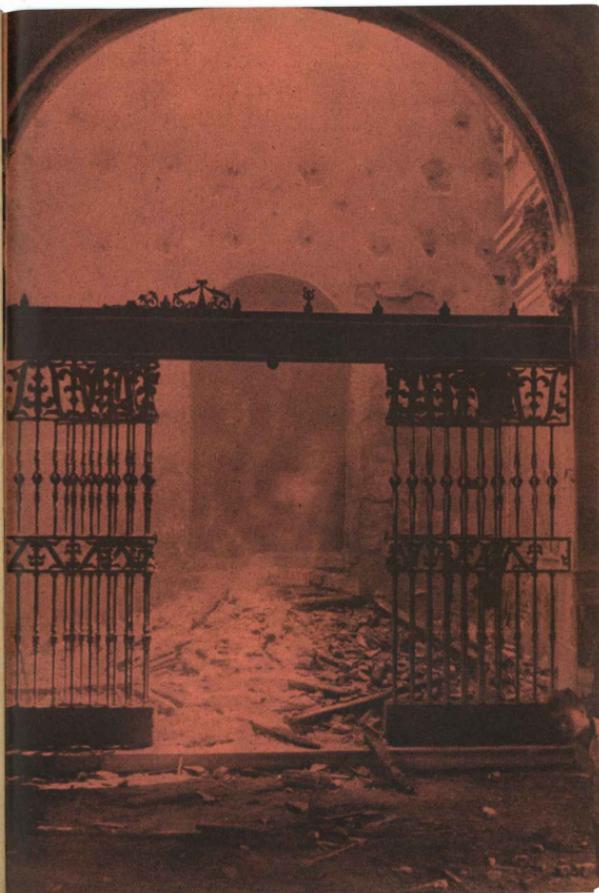
Organisation, weil sie wissen, — und jeder Tag ihrer Tätigkeit bestätigt ihnen diese Erfahrung — daß nur auf der Plattform des revolutionären Klassenkampfes die breiten Massen der Arbeiter und Bauern für den antiklerikalen Kampf gewonnen werden können. In 2 bis 3 Monaten wird ein Landeskongreß zur Vereinheitlichung und Festigung der jungen Organisation durchgeführt werden. Mit Hilfe der Internationale proletarischer Freidenker wird sich die Antiklerikale revolutionäre Liga Spaniens, die jüngste Sektion der IpF., rasch zu einer Massenorganisation entwickeln.

Mit ihrer Schaffung ist der antiklerikale Kampf in Spanien in ein neues, entscheidendes Stadium getreten. In weit stärkerem Maße als in vielen anderen kapitalistischen Ländern wird ihre Tätigkeit nicht nur zur Erschütterung der Machtposition der Kirche beitragen, sondern darüber hinaus zur Erschütterung des gesamten morschen Ausbeutersystems der spanischen Republik. Die revolutionäre spanische Freidenkerbewegung marschiert vom ersten Tage ihres Kampfes in den vordersten Reihen der Ausgebeuteten und Unterdrückten Spaniens.

Sie wird mit dazu beitragen, daß auch über Spanien die roten Fahnen eines von jeder Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Volkes wehen werden!



Die Delegation der IpF. mit dem Berichtertatter der „Roten Fahne“ unter spanischen Landarbeitern.



Exkönig Alfons XIII.
und der spanische
Erzbischof Segura

